



# GKKE

Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung

Joint Conference Church  
and Development

---

Bundespressekonferenz 18.12.2017, 10.30 Uhr

## **GKKE-Rüstungsexportbericht 2017**

*Statement von Prälat Dr. Martin Dutzmann*

*Evangelischer Vorsitzender der GKKE*

*Es gilt das gesprochene Wort.*



Sehr geehrte Damen und Herren,

vor Ihnen liegt der mittlerweile 21. Rüstungsexportbericht der GKKE, den die Fachgruppe Rüstungsexporte unter Leitung von Dr. Max Mutschler und Dr. Simone Wisotzki erstellt hat. Wir schauen in unserem aktuellen Bericht nicht nur auf das Jahr 2016, sondern auch auf vier Jahre Rüstungsexportpolitik der Großen Koalition zurück. Hier sehen wir etwas Licht, aber leider auch viel Schatten.

So begrüßen wir die Veränderungen, die die Große Koalition vor allem im Blick auf den strukturellen Rahmen der Rüstungsexportkontrolle angestoßen hat. Mit der Erhöhung der Transparenz bei der Berichterstattung, mit den Kleinwaffengrundsätzen und der Einführung von Vor-Ort-Kontrollen zur Überprüfung des Endverbleibs hat sie wichtige Schritte in die richtige Richtung unternommen. Diese wirken sich bisher allerdings nicht - weder im Umfang noch in der Qualität - in der konkreten Genehmigungspraxis aus. Zwar war der Wert der Einzelausfuhrgenehmigungen für das Jahr 2014 mit knapp vier Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr zunächst deutlich zurückgegangen. Für die Jahre 2015 und 2016 wurden dann jedoch mit knapp 7,9 Milliarden Euro beziehungsweise 6,8 Milliarden Euro die höchsten Werte in den letzten 20 Jahren erreicht – und zwar sowohl bei den Gesamtwerten, wie auch bei den Genehmigungen an Drittstaaten außerhalb von EU und NATO. Bei den Kleinwaffen gab es ebenso nach erheblich gesunkenen Genehmigungswerten in 2014 und 2015 in 2016 wieder einen Anstieg, bei der Munition sogar einen rasanten Anstieg. Dies steht im Widerspruch zu den Kleinwaffengrundsätzen und zur erklärten Absicht der Bundesregierung, bei Kleinwaffen besonders strenge Maßstäbe anzulegen. Es entsteht der Eindruck, dass die starken Schwankungen weniger einer bewussten Politik als vielmehr der jeweils aktuellen Auftragslage geschuldet sind.

An Drittstaaten wurden 2016 Ausfuhren in Höhe von 3,6 Milliarden Euro genehmigt. Dies entspricht 54 Prozent der Einzelausfuhrgenehmigungen. Bei den tatsächlichen Ausfuhren von Kriegswaffen lag der Drittstaatenanteil in 2016 sogar bei 90 Prozent. Gemäß den von der Bundesregierung beschlossenen Politischen Grundsätzen sollen Exporte in Drittstaaten nur in begründeten Einzelfällen erfolgen, wenn dies im außen- oder sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands liegt. Die GKKE stellt fest, dass der Export an Drittstaaten mittlerweile zur Regel geworden ist, und kritisiert dies als andauernde Missachtung eigener sinnvoller Regeln seit Jahren.

---

Mit Algerien, Saudi-Arabien und Ägypten befinden sich unter den fünf größten Empfängern deutscher Rüstungsgüter gleich drei Drittstaaten mit einer sehr schlechten Menschenrechtssituation, internen Gewaltkonflikten und riskanten regionalen Konflikten. Die GKKE kann nicht erkennen, dass die Bewaffnung von Regimen wie in Ägypten, Saudi-Arabien oder etwa Katar im außen- oder sicherheitspolitischen Interesse Deutschlands liegen.

Eine von Saudi-Arabien angeführte Koalition führt im Jemen seit März 2015 einen brutalen Stellvertreterkrieg gegen die schiitischen Huthi-Milizen. Bis heute sind diesem Krieg über weit 10.000 Menschen direkt zum Opfer gefallen, das humanitäre Völkerrecht wird mit Füßen getreten. Die Große Koalition von Union und SPD hatte zwischen Januar 2014 und April 2017 Rüstungsexporte von über einer Milliarde Euro an Saudi-Arabien genehmigt. Geliefert wurden unter anderem Patrouillenboote und Komponenten für Tornado- und Eurofighter Kampfflugzeuge. So kommt bei den saudischen Luftangriffen, die häufig auch zivile Einrichtungen treffen, Rüstungstechnologie aus Deutschland zum Einsatz. Bereits im Jahr 2008 genehmigte die damalige Große Koalition die Lizenz zum Bau einer Produktionsstätte für G-36 Sturmgewehre der Firma Heckler & Koch. G-3 Sturmgewehre, ebenfalls mit früher erteilter deutscher Lizenz in Saudi-Arabien gefertigt, wurden aus der Luft abgeworfen, um jemenitische Bodentruppen zu unterstützen. Saudische Patrouillenboote haben Seehäfen blockiert und damit zivile Hilfslieferungen an den Jemen gestoppt. Der akuten, sich dramatisch ausweitenden Cholera-Epidemie sowie der Hungersnot konnte so noch weniger entgegen gewirkt werden. Somit tragen auch Waffenexporte aus Deutschland zu der humanitären Katastrophe im Jemen bei. Ursachen von Flucht und Vertreibung werden hier von der Bundesregierung nicht bekämpft sondern mittelbar verschärft. Hilfsorganisationen warnen inzwischen vor einer Hungerkatastrophe, die im Jemen ungekannte Ausmaße annehmen könnte.

Die Bundesregierung sollte ihre friedenspolitischen Leitlinien vom Juni 2017 ernst nehmen und sich selbstkritisch mit möglichen eigenen Beiträgen zur Konfliktverschärfung, etwa durch ihre Rüstungsexportpolitik, auseinandersetzen. Die derzeitige Genehmigungspraxis beschädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen Friedenspolitik und damit auch deren Wirksamkeit erheblich. Das vorgenannte Beispiel Saudi-Arabiens zeigt dies leider mehr als deutlich.

---